

Illiberale Transition?

Ein Ordnungsversuch in empirischer und theoretischer Absicht

Bettina Mahlert und Jasmin Siri

Beitrag zur Ad-hoc-Gruppe »Liberaler Demokratie, in transition? Vergleichende Perspektiven auf die globalen Erfolge des Rechtspopulismus und Rechtsextremismus«

Einleitung

Im Zuge eines Machtgewinns rechtspopulistischer und rechtsextremer politischer Akteure vollziehen sich seit einigen Jahren zahlreiche Übergänge von liberal-demokratischen zu illiberalen, autoritären und antidemokratischen politischen Regimen. In weiteren Ländern scheint ein solcher Übergang möglich oder wahrscheinlich. Dieser Trend wird in der Forschung breit diskutiert – aber selten unter Begriffen wie Transformation oder Transition. Die Wissenschaft nutzt das Konzept der „democratic transition“, spricht aber nicht, in umgekehrter Richtung, von „autocratic“ oder „illiberal transition“ (vgl. Menzel 2023). Dies mag damit zu tun haben, dass mit dem Konzept der Transformation aufgrund progressiv-theoretischer „Biases“ der Demokratie zugetaner (Sozial-)Wissenschaften eher Prozesse der Weiterentwicklung und Reform als der Revision oder Destruktion verbunden werden.

Aufgrund dieser positiven Bezugnahme auf Demokratie befassen sich die Sozialwissenschaften seit den 2000er Jahren intensiv mit den Erfolgen und Erfolgsbedingungen rechtspopulistischer und rechtsextremer politischer Parteien und Bewegungen (vgl. für viele Mudde 2000). Der vorliegende Beitrag greift aktuelle Forschungen zu diesem Themenkomplex auf und denkt sie mit der Frage nach einer illiberalen Transition zusammen. Anstatt einen möglichst umfassenden Überblick über den aktuellen Stand der Forschung anzustreben, werden im Folgenden vier systematisierende Aspekte bzw. Fragen eingeführt und selektiv mit aktuellen Beiträgen verknüpft.

Diese Fragen verstehen sich als mögliche Ausgangspunkte einer genaueren Auseinandersetzung mit den Erfolgs- und Rahmenbedingungen einer illiberalen Transition bzw. Transformation: An welchen *Kriterien* kann eine „illiberale Transition“ empirisch festgemacht werden? Inwieweit können transnationale *Vergleiche* Anhaltspunkte dafür geben, dass ein Übergang zu einem autoritären Regime in einem gegebenen – noch – demokratischen System wahrscheinlich wird oder es gerade umgekehrt gegenüber einer solchen Transition resilient ist? Welche Vergleichsmöglichkeiten ergeben sich aus unterschiedlichen *disziplinären Zugängen* auf die Thematik? Welche grundlegenden *theoretischen Zugänge* finden wir in der aktuellen (deutschsprachigen) Soziologie? Mit diesen Fragen wollen wir einen Rahmen aufspannen, der

auch gerade für diejenigen Leser*innen anschlussfähig ist, die keine Spezialist*innen in der Thematik sind.

Ordnungskriterien: Anhand welcher Kriterien kann eine Transition beobachtet werden?

Eine mögliche Annäherung an das Thema könnte darin bestehen, zu fragen, in welchen Ländern überhaupt eine „illiberale Transition“ stattgefunden hat, und wo nicht. Woran macht man dann aber den Übergang empirisch fest? Wenn „Transition“ besagt, dass ein System oder eine Entität von einem Zustand in einen neuen Zustand übergeht, dann hängt dieses Konzept auch an der Unterscheidung der beiden Zustände, zwischen denen der Übergang erfolgt. Um aktuelle politische Entwicklungen als (mögliche) Transitionen zu deuten, braucht es daher ein Verständnis von Demokratie einerseits und von Autoritarismus, Autokratie oder illiberalen Regimen andererseits.

Obwohl die Limitationen von quantitativen Demokratiemaßen in der Literatur ausführlich dokumentiert wurden (vgl. Vaccaro 2021, S. 667), sind diese auch in der Wissenschaft einflussreich.¹ Daher möchten wir kurz skizzieren, welche methodische Vorgehensweise Indizes zugrunde liegt, wenn sie Staaten im Hinblick auf Demokratie und Autoritarismus bzw. Autokratie einordnen. Typisch wird Demokratie anhand spezifischer Merkmale oder Merkmalsdimensionen definiert, wie z. B. Wahlen, Partizipation, Bürgerrechte oder Rechtsstaatlichkeit, und es werden Indikatoren für die Ausprägung oder Qualität dieser Merkmale entwickelt. Daraus entsteht eine numerische Skala, auf der Staaten verortet werden können. Über die Skala werden übergreifende Kategorien gelegt. So unterscheidet der Transformationsindex der *Bertelsmann Stiftung* „konsolidierte Demokratie“ und „harte Autokratie“ mit unterschiedlichen Zwischenstufen, darunter u. a. „defekte Demokratie“ und „gemäßigte Autokratie“. Dieser Zugang erfordert Interpretationsleistungen, die zu widersprüchlichen Einschätzungen führen können. Je nachdem, anhand welcher Kategorien sie politische Regime klassifizieren, gelangen unterschiedliche Studien anhand derselben Indikatoren und Daten zur Diagnose einer globalen Welle der Autokratisierung oder auch nicht. So teilt das *Varieties of Democracy Project* (V-Dem) Staaten in liberale und elektorale Demokratien sowie elektorale und geschlossene Autokratien ein (Nord et al. 2025, S. 14) und beobachtet auf dieser Grundlage eine „truly global wave of autocratization“ (Nord et al. 2025, S. 9). Lemm et al. (2022, S. 1) verwenden dieselbe Datenbasis, klassifizieren Staaten aber als funktionierende oder defizitäre Demokratien, hybride Regime sowie moderate oder harte Autokratien. Die so konstruierte Demokratie-matrix führt sie zu dem Schluss: „Historically, the global level of democracy is still high and there are no clear proofs for a wave of autocratization“ (Lemm et al. 2022, S. 1).

Im Hinblick auf „Transition“ aussagekräftigere Einschätzungen scheint der *Polity Index* des US-amerikanischen *Center for Systemic Peace* zu bieten, weshalb auf ihn etwas ausführlicher eingegangen wird.² Der Datensatz umfasst alle größeren unabhängigen Staaten von 1800–2018, einzelne Staaten auch bis 2025.

Autokratie wird hier nicht durch ein Defizit an Demokratie ausgewiesen, sondern beide gelten als eigenständige Regimeformen. Vergleichsweise schlank wird Demokratie anhand zweier grundlegender

¹ Die bekanntesten und auch in der wissenschaftlichen Literatur immer wieder herangezogenen Indizes werden von außer-universitären Organisationen herausgegeben, darunter der jährlich erscheinende Freedom in the World-Index von Freedom House (<https://freedomhouse.org/report/freedom-world>); der Democracy-Index der Economist Group (<https://www.eiu.com/n/campaigns/democracy-index-2024/>); die Global State of Democracy-Indizes des International Institute for Democracy and Electoral Assistance (<https://www.idea.int/gsod-indices/welcome>) sowie, insbesondere im deutschsprachigen Raum, der Transformationsindex der Bertelsmann Stiftung (<https://bti-project.org/de/?&cb=00000>).

² Center for Systemic Peace, Polity Project, 15.03.2026, <https://www.systemicpeace.org/polityproject.html>

Merkmale definiert: Erstens entscheiden Wahlen über den Zugang zu Regierungsmacht, wobei sich jede*r um politische Ämter bewerben kann, die Parteien effektiv konkurrieren und zwischen alternativen Programmen und Führungspersonen gewählt werden kann. Zweitens ist Regierungsmacht substantiell eingeschränkt. Andere Aspekte von Demokratie wie Rechtsstaatlichkeit oder Pressefreiheit werden als Mittel oder Manifestationen dieser basalen Prinzipien gesehen. Das Wort „Autoritarismus“ wird den Autor*innen zufolge im westlichen Diskurs abwertend für eine Vielzahl unterschiedlicher Regime verwendet; daher sprechen sie neutraler von Autokratie. Diese wird definiert durch eine Einschränkung oder Unterdrückung wettbewerbsförmiger politischer Partizipation. Die exekutiven Führungspersonen werden durch einen regulierten Prozess innerhalb der politischen Elite ausgewählt und können Amtsmacht weitestgehend frei von institutionellen Einschränkungen ausüben.

Ein dritter Regimetypus, „Anokratie“ („ohne Herrschaft“), kombiniert Elemente von Demokratie und Autokratie. Der Name verdankt sich dem empirischen Befund, dass diese Regime instabil sind. Dies passt gut zum Transitionskonzept, das den „Übergang“ als einen offenen oder vorübergehenden Zustand erscheinen lässt. Demgegenüber teilen Demokratien und Autokratien die effektive Ausübung politischer Autorität.

Bei der Erstellung der Zeitreihen kristallisierte sich „polarer Faktionalismus“ als zuverlässigster Prädiktor für Instabilität und für einen Übergang von demokratischen zu autoritären Systemen heraus. Polarer Faktionalismus verweist hier auf eine Polarisierung zwischen Parteien, die sich auch in eine gesellschaftliche Spaltung der Wählerschaft in zwei antagonistische Lager übersetzt. Aufgrund dieses Ergebnisses wurden die Entwicklungsverläufe aller Staaten genauer analysiert, welche mindestens eine Episode von polarem Faktionalismus durchlaufen haben. Narrative Interpretationen dieser Verläufe sind auf der Homepage des Projektes abrufbar.

Die konkrete Anwendung dieses Messinstruments sei abschließend am Beispiel einer auf der Projektwebsite prominent platzierten Information zur aktuellen Einschätzung der USA erläutert:³ „Beginning on 01 July 2024, due to the US Supreme Court ruling granting the US Presidency broad, legal immunity, the USA is noted [...] as experiencing a regime transition through, at least, 2025“. Dass die USA an der Schwelle zu einer Autokratie stünden, wird anhand der o. g. Merkmale von Demokratie folgendermaßen begründet: Der Zugang zur Regierungsmacht sei zwar noch weitestgehend vorhanden (8 Punkte auf einer Skala von -10 bis +10). Jedoch sei diese Macht kaum noch eingeschränkt; und es bestünde eine polare Spaltung der Wählerschaft und Parteien. Dabei wurde ein Übergang zu „factional competition“ bereits 2016 diagnostiziert, „which puts the USA at high risk of impending political instability (i.e., adverse regime change and/or onset of ‘systematic and sustained’ political violence; possible worst case would be the ‘collapse of central authority’).“

Abstraktion und Vergleich: Die Herausforderung transnationaler Politikvergleiche

Dass es eine internationale Bewegung hin zu Autokratie, zur Abschaffung von Freiheitsrechten und zur Missachtung demokratischer Werte gibt, ist inzwischen wohl selbst unter den optimistischsten Beobachter*innen des Sozialen unumstritten. Empirisch lässt sich so auch beobachten, wie sich eine Art „rechtsextremistische Internationale“ vernetzt, Strategien entwirft und miteinander bespricht, sich eigene kulturelle, literarische und künstlerische Produkte entwirft und diese wiederum monetarisiert. Schulungen und Solidaritätsbekundungen finden grenzübergreifend statt und werden zur Legitimation

³ Center for Systemic Peace, Polity Project, 15.03.2026, <https://www.systemicpeace.org/index.html>

der eigenen Sichtbarkeit genutzt, wenn zum Beispiel Vertreter*innen der Partei *Alternative für Deutschland* (AfD) sich im Scheine des US-Präsidenten Donald J. Trump und seiner Mitarbeiter*innen zu sonnen suchen⁴ oder wenn der österreichische Rechtsextremist Martin Sellner sich mit der AfD vernetzt und dieser seine Ideen zur „Remigration“ nahebringen möchte.⁵

So sichtbar diese Kontakte, so wenig mögen sie hinsichtlich einer illiberalen Transition tatsächlich bedeuten. Zu unterschiedlich und heterogen sind die verschiedenen Personengruppen. Sie sind mit zu unterschiedlichen Machtmitteln versehen. Während der eine die USA regiert, vermitteln andere „nur“ rechtsextremes Gedankengut in Social-Media-Kanälen. Sozial- und politikwissenschaftlich besteht die Herausforderung darin, die verbindenden Kontexte zugleich ernst zu nehmen (wenn bspw. eine eher randständige rechte Influencerin wie Naomi Seibt das Ohr von Elon Musk findet) und dabei doch hinsichtlich der Annahme von Kausalitäten und starken Zusammenhängen sehr vorsichtig zu sein. Dies auch, weil die Interessen der verschiedenen Gruppen, Personen und Bewegungen sich ebenso stark unterscheiden wie die jeweiligen politischen Systeme, in denen sie operieren.

Während also hinsichtlich der zu raschen Behauptung von Kausalitäten oder Pfadabhängigkeiten große Zurückhaltung angebracht ist, so macht der Begriff der Transition doch deutlich, dass eine rein deskriptive Auseinandersetzung mit kleineren Phänomenbereichen vielleicht ein zu bescheidener Zugang zum Phänomen des neuen Illiberalismus ist. Wenn wir den Begriff der Transition ernst nehmen und theoretisch produktiv einsetzen möchten, dann stellt sich die Frage nach der Möglichkeit eines Vergleichs grundsätzlich sehr unterschiedlicher politischer Systeme und politischer Kulturen im Sinne der Beobachtung von Verschiebungen in politischer Kultur und organisationaler demokratischer Praxis. Können wir ein Modell wie das soeben im ersten Absatz dieses Textes dargestellte auch an europäische politische Systeme anlegen? Welchen Unterschied machen Verfassungskulturen und die jeweiligen historischen Voraussetzungen des Parteienstaats? Wie kann eine Transition von einem Zustand zu einem anderen beschrieben werden, wenn wir von unterschiedlichen politischen Systemen und politischen Kulturen ausgehen müssen? Und woran bemisst sich empirisch der Zeitpunkt, zu dem ein Wandel manifest wird?

Es stellt ein altbekanntes Problem der empirischen wie theoretischen politisch-soziologischen Arbeit dar, Denkbewegungen in Ideologien und politischen Entscheidungsgeschichten zu erkennen – zum Beispiel zwischen den anarchokapitalistischen Reden eines Javier Milei und den Schriften eines Stephen Bannon oder zwischen den rassistischen Phantasien der Maga-Bewegung und den Remigrationsideen in AfD und Identitärer Bewegung. Und doch ist eine Art Wasserstandsmeldung im empirischen Sinne und deren Begründung im theoretischen Sinne eine komplexe Angelegenheit, die, wenn Aussagen über Vermutungen und deskriptive Beschreibungen hinaus getätigt werden sollen, einen methodologischen Mix aus quantitativen und qualitativen Verfahren ebenso verlangt wie die Herausarbeitung relevanter Vergleichskriterien, die unterschiedliche politische Systeme greifen können. Wir könnten uns damit bescheiden, den Vergleich zu unterlassen und uns auf die Beschreibung und Interpretation des interessanten Einzelfalles, aus dem durchaus vieles theoretisch extrapoliert werden kann, zu konzentrieren. Das ist bereits ergiebig und reizvoll. Was wir dann verlieren, ist aber die Möglichkeit, internationale ideologische Denkbewegungen, die inter- und transnationalen Verwebungen, die zum Beispiel für den radikalen Katholizismus inzwischen ausführlich beschrieben wurden, das Hintergrundrauschen des politischen Betriebes und der Bewegungen in Nationalstaaten in den Blick zu bekommen.

⁴ Klemenz, AfD-Reise, 15.03.2026, <https://table.media/berlin/news/afd-reise-so-lief-der-besuch-in-new-york-und-washington>

⁵ Diekmann, Wachweicher Umgang, 15.03.2026, <https://www.zdfheute.de/politik/afd-spitze-sellner-rechtsextremist-partei-100.html>

Disziplinäre Zugänge und mögliche Vergleichskriterien

Im Folgenden werden einige Beiträge unterschiedlicher Disziplinen und Forschungsstränge vorgestellt und gefragt, welche Vergleichskriterien sie jeweils implizit oder explizit nahelegen, um Erfolgs- und Rahmenbedingungen der Möglichkeit illiberaler Transition zu eruieren. Selbst wenn man sich angesichts der oben angeführten Vorbehalte auf den Einzelfall fokussiert, können solche Kriterien hilfreich sein. Sie können den Blick auf Aspekte lenken, die wichtig sind, um zu verstehen, inwieweit sich ein gegebenes politisches System in Richtung Autoritarismus bzw. Autokratie bewegt.

Bildungssystem

Der *Pädagoge* Jürgen Oelkers (2018) bezeichnet politische Systeme als autoritär, wenn die Regierenden durch demokratische Wahl an die Macht gelangt sind und eben diese dauerhaft abschaffen wollen. Anhand dieses Konzeptes, das das Moment einer illiberalen Transition in sich trägt, fokussiert Oelkers also auf eine spezifische Gruppe von Staaten: formale Demokratien mit zunehmend autoritären Zügen. Damit der Übergang gelingt, müsse die Fähigkeit der Wähler*innen, zu widersprechen und ein eigenständiges Urteil zu fällen, „ausgeschaltet“ werden. Daher bekämpfen Autokrat*innen langfristig auch die liberale Erziehung.⁶ Am Beispiel von Russland, der Türkei, Polen und Ungarn beschreibt Oelkers, wie demokratisch legitimierte politische Akteure die Re-Traditionalisierung und -konfessionalisierung säkularer Bildungssysteme effektiv betrieben haben. Zu den von ihm angeführten Aspekten, auf die hin man andere Länder befragen kann, gehören: das Ausmaß, in dem eine religiöse bzw. rechtskonservative Ausrichtung von Bildung in der Bevölkerung unterstützt wird; der Einfluss libertärer Diskurse, die, begleitet von Stichworten wie „Humankapital“ und „Effizienz“, eine Ausrichtung von schulischer Bildung auf arbeitsmarktverwertbare Kompetenzen befürworten; sowie konkrete bildungspolitische Maßnahmen und in/formelle Praktiken in Schulen, etwa wenn in Polen Religion katechetisch unterrichtet und die Abmeldung vom Religionsunterricht sozial sanktioniert wird.

Politik: Wahlverhalten

Die Schrumpfung der klassischen Arbeiter*innenklasse und mit ihr der traditionellen Wähler*innenbasis der Sozialdemokratie durch De-Industrialisierung sowie der Aufstieg rechtsradikaler oder sogar rechtsextremer Parteien stellen eine Entwicklung dar, die in den meisten westeuropäischen Ländern bereits stattgefunden hat und somit einen Ausgangspunkt für weitere Entwicklungen bildet. Viele Beiträge bescheinigen sozialdemokratischen Parteien dabei eine mangelnde oder inadäquate Ansprache ihrer traditionellen Wähler*innen (Geiselberger 2017; Vester 2017; Westheuser und Lux 2024). Um Mobilisierungspotenziale dieser Parteien aufzuzeigen, hat die *Wahlverhaltensforschung* u. a. versucht, Wählergruppen differenziert zu betrachten. Björn Bremer und Line Rennwald (2023) nennen zwei allgemeinere Kriterien, um längerfristige Erfolgsbedingungen der Parteien der Mitte insgesamt vergleichend auszuloten: Erstens, gibt es ein signifikantes Reservoir „demobilisierter Unterstützer*innen“ – d. h. von Personen, die sich mit einer Partei der Mitte identifizieren, sie jedoch aktuell nicht wählen? Auf Identifikation basierende Parteibindungen, so die Autoren, sind relativ stabil; Parteien, die eine solche Basis haben, sind vergleichsweise resilient gegenüber Wahlniederlagen und wandelnden politischen Konjunkturen. Wähler*innen ohne Identifikation hingegen wenden sich schneller anderen Parteien zu, wenn

⁶ Den strukturellen Zusammenhang zwischen säkular-liberalem Bildungssystem und Demokratie plausibilisiert Oelkers unter Rückgriff auf historische und philosophische Argumente. Umgekehrt gingen autoritäre Systeme eben auch oft mit desäkularisierten, auf traditionelle Werte abhebenden und/oder konfessionalisierten Bildungssystemen einher. Vgl. als skeptische Perspektive z. B. Bourdieu (2001) sowie, für Hochschulen, Haker und Otterspeer (2025).

neue politische Themen aufkommen. Daraus ergibt sich zweitens die Frage, inwieweit Parteien des Zentrums die Fähigkeit bzw. Möglichkeit haben, eine sinnhafte Beziehung zu jenen Bürger*innen aufzubauen, die sie aktuell wählen, ohne sich jedoch mit ihnen zu identifizieren.

Kultur: Antifeminismus

Aus der Perspektive einer *Aktivistin* betrachtet Cécile Simmons (2025) die Verbreitung der Ideologie der „Male Supremacy“ im Netz. Sie zeichnet nach, wie in den USA eine anfangs kleine Gruppe von Menschen mit misogynen Ansichten ihre Glaubenssätze von einer Nische in eine Bewegung des Mainstreams verwandelt hat (vgl. Strick 2021). Entsprechend dieser Ideologie sind Männer gegenüber Frauen in quasi allen Lebensbereichen benachteiligt, und ihre Unterdrückung werde von Feministinnen aktiv und bewusst betrieben sowie ideologisch verschleiert. Diese Entwicklung ist im Hinblick auf die Frage nach einer illiberalen Transition wichtig, weil Antifeminismus oft den Eintrittspunkt für andere Formen der Radikalisierung darstellt. Zudem betont die Autorin die hohe Geschwindigkeit, mit der sich die Ideologie zumindest in den USA verbreitete. Daraus ergeben sich unter anderem folgende Vergleichskriterien: Inwieweit ist „Male Supremacism“ in der Bevölkerung auch jenseits der extremen Rechten verbreitet? Inwieweit sind antifeministische Einstellungen bereits normalisiert? – erfolgt doch die Gewöhnung an Vorstellungen männlicher Überlegenheit offenbar sehr schnell. Sowie: Inwieweit sind politische Entscheidungsträger*innen und Journalist*innen für die Rolle des Antifeminismus als „Türöffner“ für weitere Radikalisierung sensibilisiert?

Technik: Digitale Abhängigkeit

Aktuell prominent rezipiert wird der *Medienwissenschaftler* Martin Andree (z. B. 2025), der in der Verbindung der im Besitz großer US-Tech-Konzerne befindlichen Big-Tech-Plattformen mit populistischen Kräften eine massive Bedrohung der Demokratie in Europa sieht.⁷ Während die USA ihr Quasi-Monopol bei den großen Tech-Plattformen inzwischen offen instrumentalisieren, um ausländische Wahlen zu beeinflussen, würden diese Plattformen auch von russischen Cyberattacken, Trollfarmen und Fake Accounts genutzt, um Zweifel an der Unterstützung der Ukraine zu säen. Um die sich abzeichnende „digitale Kippbewegung“ hin zu einem „unwiederbringlichen“ Verlust der Demokratie zu verhindern, müsse digitale Souveränität auf EU- und nationalen Ebenen radikal priorisiert werden. Auch wenn EU-Gesetze für alle europäischen Staaten gleichermaßen gelten, können sich wichtige Erfolgsbedingungen einer illiberalen Transition in diesem Bereich von Land zu Land unterscheiden: In welchem Maße liegen Daten von Verwaltungen und Unternehmen auf US-Cloud-Providern? Wie stark sind Open Source-Angebote vorhanden, bekannt und gefördert?

Illiberale Transitionen theoretisieren: Aktuelle Bezüge

Wie kann soziologische Theorie auf die Herausforderung des Autoritarismus des 21. Jahrhunderts reagieren, und welchen Herausforderungen muss sie sich stellen? Wir haben bereits darauf hingewiesen, dass die beschriebenen Herausforderungen empirischer und theoretischer Natur sind. Im letzten Absatz des Textes soll daher die Frage aufgerufen werden, welche theoretischen Mittel geeignet sein könnten, um illiberale Transitionen greifbar und beschreibbar zu machen. Auch an dieser Stelle des Textes verzichten wir auf Vollständigkeit und wählen einige Bezüge aus, deren Potenziale uns augenfällig erscheinen. Wir sprechen drei Theoriegruppen an, von denen wir uns für unsere Fragestellung Klärung

⁷ Vgl. Christ (2025) und Ritzi und Zierold (2019) sowie kritisch zum Konzept der digitalen Souveränität Pohle und Thiel (2021).

erhoffen. Die Differenzierung ist theoretisch nicht vollkommen trennscharf, aber sie kann möglicherweise helfen, uns zu sortieren.⁸

Da wären erstens im weitesten Sinne differenzierungstheoretisch und systemtheoretisch inspirierte Zugänge. Dazu gehören zum Beispiel die Arbeiten von Joachim Renn zu Übersetzungsverhältnissen und neuen Öffentlichkeiten (Renn 2025), die politisch-soziologischen Arbeiten Armin Nassehi (Nassehi 2006, 2021) oder die Arbeiten Nils Kumkars zu Populismus und Polarisierung (Kumkar 2025).

Zweitens Ansätze, die wir als neue soziologische Demokratietheorien fassen würden. Dazu gehören Erörterungen im Anschluss an die Habermasianische Kommunikationstheorie oder auch Arbeiten im Anschluss an Hannah Arendt, wie sie zum Beispiel Jenni Brichzin vorgelegt hat (Brichzin 2023). Für das Thema relevant sind außerdem Arbeiten, die eine kritische Haltung gegenüber der Essentialisierung westeuropäischer Demokratiebegriffe beinhalten, wie zum Beispiel der Hinweis auf die Externalisierungsgesellschaft von Stephan Lessenich (2015) oder auch die Arbeiten Manuela Boatcă zur postkolonialen Moderne (Boatcă 2021).

Als dritte große und heterogene Gruppe sind Forschungen zu nennen, die noch stärker als die zuvor genannten empirischen Theorien aus der beforschten Phänomenlage destillieren. Hierunter fallen sowohl quantitative wie qualitative Forschungen, zum Beispiel ethnografische Arbeiten wie jene von Arlie Russell Hochschild zur christlichen Rechten in den USA (Hochschild 2016), die Arbeiten von Steffen Mau, Thomas Lux und Linus Westheuser zu Verwerfungen im politischen System der BRD (Mau et al. 2023, Westheuser und Lux 2024), die Arbeiten von Sebastian Koos und Marco Bitschnau zum rechtsextremen Protest in Süddeutschland (Bitschnau und Koos 2024) und die Arbeiten, die am Else-Frenkel-Brunswik-Institut für Demokratieforschung in Sachsen erscheinen (vgl. für viele Dilling et al. 2023).

So unterschiedlich diese Beiträge sind, so ähnlich ist doch ihr Zugang zum Phänomen dahingehend, dass sie mit großen Diagnosen zurückhaltend und sensibel für empirische Irritationen sind. Und dies wäre auch die Essenz, die theoretische Beiträge zur Untersuchung illiberaler Transitionen unbedingt mitbringen müssen: ein genauer Blick auf die Empirie und Zurückhaltung hinsichtlich der vorschnellen Bewertung komplexer Phänomenlagen. Ob und wie transnationale Vergleiche, deren Komplexität wir ja herausgestellt haben, überhaupt gelingen können, das ist dann eben auch: eine empirische Frage.

Literatur

- Andree, Martin. 2025. *Krieg der Medien. Dark Tech und Populisten übernehmen die Macht*. Frankfurt am Main: Campus.
- Bremer, Björn, und Line Rennwald. 2023. Who Still Likes Democracy? The Support Base of Social Democratic Parties Reconsidered. *Party Politics* 29(4):741–754.
- Brichzin, Jenni. 2023. Wahrheit und Demokratie. Politische Epistemologie im Anschluss an Hannah Arendt. *Behemoth* 16(2):26–38.
- Boatcă, Manuela. 2021. Thinking Europe Otherwise. Lessons from the Caribbean. *Current Sociology* 21(3):389–414.
- Bourdieu, Pierre. 2001. Der Moralismus als egoistischer Universalismus. In: Ders., *Meditationen. Zur Kritik der scholastischen Vernunft*, 84–93. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bitschnau, Marco, und Sebastian Koos. 2024. Die schweigende Mehrheit auf der Straße? Ergebnisse einer Befragung von Teilnehmer:innen an den Protesten gegen Rechtsextremismus. Paper Universität Konstanz No. 15, 14. März 2024. <https://kops.uni-konstanz.de/server/api/core/bitstreams/8b9cc6cc-2ef8-442b-a812-d646de50b53d/content> (Zugegriffen: 15.03.2026).

⁸ Die genannten Referenzautor*innen stehen jeweils für viele weitere, die aufgrund der Kürze des Textes nicht genannt werden. Ihre Nennung soll der Orientierung im soziologischen Diskurs dienen.

- Christ, Julian. 2025. Europas digitaler Niedergang? Zurückfallen und Abhängigkeiten bei Plattformdiensten, Cloud Computing und KI-Systemen in Zeiten geopolitischer Instabilität. In *Polykrisen, Strukturbrüche und Schwarze Schwäne*, Hrsg. Julian P. Christ und Kristian Giesen, 149–169. Wiesbaden: Springer Gabler.
- Dilling, Markus, Johannes Kiess und Elmar Brähler. 2023. Flucht in die Projektion. Zum Zusammenhang von Autoritarismus, Verschwörungsmentalität und rechtsextremer Einstellung. *Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung* 3(2):169–191.
- Geiselberger, Heinrich. Hrsg. 2017. *Die große Regression*. Berlin: Suhrkamp.
- Haker, Christoph, und Lukas Otterspeer. 2025. Die Rolle von Hochschulen in autoritären Zeiten. *Geschichte der Gegenwart*, 05.10.2025. <https://geschichtedergegenwart.ch/die-rolle-von-hochschulen-in-autoritaeren-zeiten/> (Zugegriffen: 15.03.2026).
- Hochschild, Arlie Russell. 2016. *Strangers in Their Own Land: Anger and Mourning on the American Right*. New York: The New Press.
- Kumkar, Nils. 2025. *Polarisierung. Die Ordnung der Politik*. Berlin: Suhrkamp.
- Lemm, Lukas, Hans-Joachim Lauth und Theresa Stawski. 2022. *Democratic deficits and autocratic closings outweigh breakdowns of democracies and democratization dynamics. State of democracy 2021* (Context measurement). Universität Würzburg. https://www.democracymatrix.com/fileadmin/Mediapool/Downloads/DeMaX_Report_2022_Democratic_Deficits_and_Autocratic_Closings_Outweigh_Breakdowns_of_Democracies_and_Democratization_Dynamics.pdf (Zugegriffen: 14.03.2026).
- Lessenich, Stephan. 2015. Die Externalisierungsgesellschaft. Ein Internalisierungsversuch. *SOZIOLOGIE* 44(1):22–32.
- Mau, Steffen, Thomas Lux und Linus Westheuser. 2023. *Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft*. Berlin: Suhrkamp.
- Menzel, Ulrich. 2023. *Wendepunkte. Am Übergang zum autoritären Jahrhundert*. Berlin: Suhrkamp.
- Mudde, Cas. 2000. *The Ideology of the Extreme Right*. Manchester: University Press.
- Nassehi, Armin. 2006. *Der soziologische Diskurs der Moderne*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Nassehi, Armin. 2021. *Unbehagen. Theorie der überforderten Gesellschaft*. München: C.H. Beck.
- Nord, Marina, David Altman, Fabio Angiolillo, Tiago Fernandes, Ana Good God und Staffan I. Lindberg. 2025. *Democracy Report 2025: 25 Years of Autocratization – Democracy Trumped?* University of Gothenburg: V-Dem Institute. https://v-dem.net/documents/61/v-dem-dr_2025_lowres_v2.pdf (Zugegriffen: 14.03.2026).
- Oelkers, Jürgen. 2018. Autoritarismus und liberale öffentliche Bildung. *Zeitschrift für Pädagogik* 64(6):728–748.
- Pohle, Julia, und Thorsten Thiel. 2021. Digitale Souveränität. Von der Karriere eines einenden und doch problematischen Konzepts. In *Der Wert der Digitalisierung: Gemeinwohl in der digitalen Welt*, Hrsg. Chris Piallat, 319–340. Bielefeld: transcript.
- Renn, Joachim. 2025. *Übersetzungsverhältnisse. Perspektiven einer pragmatistischen Gesellschaftstheorie*. Weilerswist: Velbrück.
- Ritzi, Claudia, und Alexandra Zierold. 2019. Souveränität unter den Bedingungen der Digitalisierung. In *Internet und Staat*, Hrsg. Isabelle Borucki und Wolf Jürgen Schünemann, 33–56. Baden-Baden: Nomos.
- Simmons, Cécile. 2025. *CTRL HATE DELETE: The New Anti-Feminist Backlash and How We Fight It*. Bristol: Policy Press.
- Strick, Simon. 2021. *Rechte Gefühle. Affekte und Strategien des digitalen Faschismus*. Bielefeld: transcript.
- Vaccaro, Andrea. 2021. Comparing measures of democracy: Statistical properties, convergence, and interchangeability. *European Political Science* 20(4):666–684.
- Vester, Michael. 2017. *Der Kampf um soziale Gerechtigkeit. Der Rechtspopulismus und die Potentiale politischer Mobilisierung*. Rosa Luxemburg Stiftung. <https://www.rosalux.de/publikation/id/14744/der-kampf-um-soziale-gerechtigkeit/> (Zugegriffen: 15.03.2026).
- Westheuser, Linus, und Thomas Lux. 2024. Klassenbewusstsein und Wahlentscheidung. Klasse als politischer Kompass? FES-Diskurs: Friedrich Ebert Stiftung. <https://collections.fes.de/publikationen/ident/fes/21455> (Zugegriffen: 15.03.2026).